

Braune Vergangenheit und Rentenunrecht – zwei Seiten einer Medaille

Dieter Skiba

Vor dem Hintergrund der in der Verhandlung des Bundessozialgerichts vom 14.12.2011 ergangenen abweisenden Entscheidung von Revisionen zu § 7 AAÜG sind in letzter Zeit bekannt gewordene Aktivitäten in Sachen »NS-Vergangenheit« durchaus von Interesse und regen zu Fragen an. Beides sehe ich in einem Zusammenhang mit der unsäglichen These von den zwei Diktaturen, um deren »Aufarbeitung« es in der »Erinnerungsschlacht« gehen soll, wobei der Schwerpunkt augenscheinlich aus dem 1991 verkündeten Auftrag zur Delegitimierung der DDR und »Entmystifizierung« des Antifaschismus resultiert und auf Diskriminierung und Kriminalisierung des »SED-Unrechtsstaates« sowie seiner Sicherheits- und Justizorgane abzielt.

Nach dem Auswärtigen Amt wollen sich nunmehr auch andere Ministerien, wie z.B. das Bundesjustizministerium und selbst die geheimen Dienste der BRD mit den braunen Wurzeln und den in ihren Amtsstuben untergekommenen »alten Kameraden« befassen. Das verwundert vor allem deshalb, weil eben gerade das, was jetzt mehr und mehr eingestanden wird, lange Zeit gelehnet und als »kommunistische Propaganda aus dem Osten« abgetan worden ist.

In Erstaunen versetzten auch Meldungen über aktuelle Bemühungen in Richtung strafrechtlicher Ahndung von Nazi-Verbrechen, wie beispielsweise Ankündigungen aus der Ludwigsburger Zentralen Stelle, Hunderte von eingestellten Verfahren zu NS-Verbrechen neu aufrollen zu wollen und die Zahl der Verdächtigen aus über 1.000 Akten bei 4.000 Personen liege. Ebenso erstaunlich ist, dass im Falle eines holländischen SS-Verbrechers Haftvollstreckung in Deutschland geprüft werden soll, nachdem die seit Jahrzehnten geforderte Auslieferung an die Niederlande im Jahre 2011 mit der Begründung abgelehnt wurde, er gelte entsprechend einem »Führerbefehl« aus dem Jahre 1943 durch seinen Beitritt zur SS als Deutscher und sei damit gemäß Grundgesetz vor Auslieferung geschützt.

Von ganz besonderem Interesse und bezeichnend für die »Aufarbeitung der Vergangenheit« aber erscheint das Anfang Dezember 2011 ausgelöste Medienecho zu einer Meldung über eingeleitete Ermittlungen gegen sechs »mutmaßliche Kriegsverbrecher« wegen Beihilfe zum Mord beim SS-Massaker in Oradour-sur-Glane. Galt doch Beihilfe zum Mord in Sachen »NS-Verbrechen« in der BRD seit 1968 rückwirkend ab Mai 1960 (15 Jahre nach Kriegsende) als verjährt.

Aus eigener jahrzehntelanger Erfahrung und im Wissen um die Kompliziertheit strafrechtlicher Ahndung von Nazi-Verbrechen zolle ich all jenen Respekt, die sich jetzt, mehr als 67 Jahre nach den faschistischen Massenmorden, einer solchen Aufgabe stellen. Mit »besser spät als gar nicht« könnte man dem vorbehaltlos folgen, wenn da nicht mit der Art und Weise der Berichterstattung in den Medien erneute Angriffe gegen die DDR und das MfS einher gehen würden. In den Mittelpunkt der medialen Betrachtungen rückten erneut in Szene gesetzte Verbalinjurien gegen den Antifaschismus und die DDR sowie deren Justiz- und Sicherheitsorgane, denen jegliche antifaschistische Motivation abgesprochen wird. Behauptet wird, der Antifaschismus der DDR sei »doppelbödig« gewesen, die DDR und speziell das MfS habe Nazi-Verbrecher geschützt und der Strafverfolgung entzogen und das sei »Strafvereitelung im Amt« gewesen.

Auffällig ist auch, dass hauptsächlich über einen Tatverdächtigen aus Brandenburg ausgiebig berichtet, bei den anderen fünf in Westdeutschland wohnhaften Tatverdächtigen aber kein Wort über deren Biografien verloren wird.

Die »aktuellen« Ermittlungen richten sich gegen zur Tatzeit des Massakers von Oradour 18 bis 20 Jahre alte unterste Chargen in der SS-Hierarchie. Hauptverantwortliche wie SS-Brigadeführer Heinz Lammerding, als Kommandeur der SS-Div. »Das Reich«, SS-Obersturmbannführer Sylvester Stadler,

Kommandeur des 4. SS-Regiments »Der Führer« und SS-Hauptsturmführer Otto Kahn, Chef der 3. Kompanie im SS-Regiment »Der Führer«, und damit unmittelbarer Vorgesetzter des Zugführers Heinz Barth, hingegen kamen straffrei davon. Kürzungen von Pensionen bzw. Renten für diese wie andere Alt-Nazi-Eliten und Angehörige verbrecherischer SS-Formationen kamen bis heute nicht in Frage. Auch »fremdvölkischen Hilfspwilligen«, wie beispielsweise lettischen SS-Angehörigen, die an der Seite des faschistischen Deutschland für die »Befreiung vom Kommunismus« und »sowjetischer Okkupation« im »Einsatz« waren und dafür im heutigen Lettland als Nationalhelden geehrt werden, wurden deutsche Rentenzahlungen zugewilligt. Der Rechtsstaat Bundesrepublik Deutschland erkannte Heinz Barth nach dem 3.10.1990 seine Dienstzeit bei der faschistischen Polizei und in der Waffen-SS an, berechnete seine Altersrente neu und legte noch eine nicht unerhebliche Kriegsofferrente oben drauf. Als dieser Skandal 1997 publik wurde, ist im Bundestag die so genannte Lex Barth verabschiedet worden, nach der eigentlich geprüft werden sollte, ob weitere verurteilte Nazi-Verbrecher derartige »Kriegsopfer-Zuwendungen« erhalten. Dieser gesetzliche Auftrag scheiterte an »Personalmangel« und fehlenden finanziellen Mitteln.

Für das Weiterbestehen der mit Delegitimierung der DDR und Kriminalisierung ihrer Justiz- und Sicherheitsorgane befassten »Stasi-Unterlagenbehörde« (BStU) und die Herrichtung diverser »Gedenkstätten«, für Forschungseinrichtungen zum »SED-Unrecht« sowie für rührselige »Geschichten zur Geschichte« ist Mangel an Mitteln und Kräften hingegen nicht erkennbar. Auch daran wird deutlich, wo für die politisch Herrschenden und deren Meinungsmacher der »Feind von gestern und heute« steht – nämlich immer noch links.

Und auch deshalb halte ich es für angebracht, daran zu erinnern, dass der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder anno 2004 bei den D-Day-Feiern in der Normandie zur »Versöhnung mit dem Feind von gestern« aufgerufen hat. Soll das nur in Bezug auf den der deutschen Nazi-Verbrecher gelten oder auch für diejenigen, die in den »Schützengräben des Kalten Krieges« auf der »anderen Seite« standen? Letzteres wohl kaum, wenn der aus der Zeit des Faschismus überkommene Antikommunismus noch immer hoffähig ist und immer wieder neue Aktivitäten zur Delegitimierung all dessen, was DDR war und an sie erinnern könnte, gestartet werden. Dazu gehört die Kriminalisierung der Angehörigen ihrer Justiz- und Sicherheitsorgane und Diskreditierung des Antifaschismus als angeblich für den demokratischen Kampf gegen »rechts« ungeeignetes Mittel. Dazu gehört auch die erneute Verlängerung

des »Stasi-Unterlagengesetzes« bis vorerst 2019 und die damit einhergehende Hetzjagd auf als »Täter« diffamierte Angehörige und inoffizielle Mitarbeiter des MfS sowie das Festhalten an Ungleichheit beim Rentenrecht und dessen Missbrauch für Strafrenten gegen »Ehemalige«. Aber waren das nicht auch gerade diejenigen, die schon vor Jahrzehnten dazu beigetragen haben, auf den braunen Sumpf und alte Seilschaften von Nazis und »NS-Verbrechern« aus den Reihen der Gestapo, des RSHA, des SD, der SS und Waffen-SS usw. in Ämtern und Diensten aufmerksam zu machen (erinnert sei hier z.B. an das »Braunbuch« oder Dokumentationen über »Nazi-Blutjuristen« oder Nazi-Diplomaten im Auswärtigen Amt usw.) und faschistische Massenmörder vor Gericht zu bringen?

Und spätestens hier stellt sich die Frage, wie es in Politik und den Medien um Wahrfähigkeit bestellt ist beim Umgang mit Geschichte. Wird da möglicherweise parallel zu offiziell eingestandenem »Versäumen« und »Fehlern der Vergangenheit« darauf spekuliert, mit einer Art »Operation letzte Chance« auch neue Vorwände zu schaffen, um noch besser mit dem Finger auf »DDR-Unrecht« zeigen zu können?

Es ist an der Zeit, beginnend mit der »Aufarbeitung« der braunen Vergangenheit auch Entnazifizierung von Geisteshaltungen nachzuholen sowie klar und deutlich eine Trennschärfe nach rechts herzustellen.

Forderungen nach einem Ende antikomunistischer Denk- und Verhaltensweisen, wie sie sich z.B. in der andauernden Bespitzelung der Linken zeigen, leiten sich nicht

nur aus der Rechtsstaatlichkeit her, sondern sind aus historischer Sicht ebenso gerechtfertigt, wie der Kampf gegen Missbrauch des Rentenrechts, gegen Berufsverbote und andere Repressionen als Mittel zur Abstrafung des einstigen Gegners aus Zeiten des Kalten Krieges.

Eingedenk dessen ist Antifaschismus im Kampf gegen Rechts und solidarisches Zusammenstehen für soziale Gerechtigkeit weiterhin zwingend geboten.

Und da gibt es Hoffnung, weil sich zunehmender Widerstand gegen rechts regt und organisiert.

Also Kopf hoch und nicht die Hände!

(Oberstleutnant a.D. Dieter Skiba war langjähriger Mitarbeiter und letzter Leiter der im MfS für die Aufklärung von Nazi- und Kriegsverbrechen zuständigen Dienststelle IX/11)

Rentenunrecht soll zementiert werden

Bundestagsdebatte rückt Angleichung der Ost- an die Westbezüge in weite Ferne

Eberhard Rehling und Karlheinz Wunderlich

Es war wieder einmal soweit: Der Bundestag debattierte am 16. Dezember 2011 über die Ostrenten. Anlass waren die Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der SPD-Fraktion vom 13. April 2011, zwei Anträge der SPD sowie ein Antrag der Linksfraktion.

Ein weiterer Tagesordnungspunkt war der Bericht der Regierung zum Stand der deutschen Einheit. Dort gibt es im Gesamtumfang von 84 Seiten eine halbe Seite zur Rente.

Die im Koalitionsvertrag von CDU und FDP enthaltene Formulierung der Vereinheitlichung des Rentenrechts in dieser Legislaturperiode und diesbezügliche Zusagen der Kanzlerin Angela Merkel auf dem Seniorentag 2009 in Leipzig hatten bei vielen Rentnerinnen und Rentnern im Osten die Auffassung und Hoffnung genährt, eine Angleichung des Rentenwertes Ost an den allgemeinen – also den Rentenwert West – sei in Sicht.

Die Debatte im Bundestag ließ diese Erwartung platzen. Die Vertreter der Regierungsfaktionen und insbesondere auch der Staatssekretär im Sozialministerium vermieden deutliche positive Aussagen dazu. Die Tendenz war im Gegenteil eindeutig, vorgegeben von der Koalition, aber im Kern auch unterstützt von SPD und Bündnis 90/Die Grünen: keine spürbaren Veränderungen, weiter prüfen, wie am besten der Ist-Zustand zementiert werden kann. Auch wenn Christoph Bergner (CDU), Ostbeauftragter der Regierung, mit seiner Aussage »die all-

gemeinen Lebensbedingungen gleichen denen in Westdeutschland weitgehend« Differenzen einräumte. Nicht nur Abgeordnete der Linkspartei benannten viele Ungerechtigkeiten, belegten dies mit Fakten und erwähnten die Erwartungen der Rentnerinnen und Rentner im Beitrittsgebiet. Die Koalition wurde von der Opposition ermahnt, durch deutliche Aktivitäten die Vermutung, man strebe die biologische Lösung an, zu widerlegen.

Neben den üblichen Beschimpfungen von SED und DDR, die an allem schuld sind, war die Rede von einem großen Geldtransfer von West nach Ost. Ja, es gibt diesen Transfer, jedoch in beide Richtungen. Denn die Sozialabgaben der Beschäftigten einer Vielzahl von Unternehmen im Osten, zum Beispiel großer Handelsketten, deren Stammhäuser in den Altbundesländern liegen, fließen dort in die Sozialkassen. Ebenso die der Pendler, die im Westen arbeiten, mit ihren Familien im Osten leben. Rechnet man beide Zahlungsströme gegeneinander auf, bleibt ein Plus Richtung West. Diese Tatsache wird aber immer sowohl von der Regierung als auch von SPD und Bündnis 90/Die Grünen negiert.

Auch die von der CDU/CSU ins Auge gefasste Streichung der Hochwertung der Einkommen im Beitrittsgebiet ist unter logischen Gesichtspunkten nicht zu rechtfertigen. Wenn man die kürzlich von der Regierung beschlossenen Mindestlöhne von 7,01 Euro im Osten und 7,89 Euro im Westen mit der jeweiligen

Wochenarbeitszeit von etwa 40 Stunden und etwa 35 Stunden ins Verhältnis setzt, dann führen diese Werte zu einem ungefähr gleichen Monats- und auch Jahreseinkommen. Allerdings bleibt die Arbeitsstunde im Beitrittsgebiet weiter unterbewertet. Tarifeinheit bedeutet eben nicht nur gleichen Lohn, sondern auch gleiche Arbeitszeit et cetera. Deshalb ist die Hochwertung bei der Rentenberechnung, die für jedes Jahr neu festgelegt wird, nach wie vor von entscheidender Bedeutung. Die Auseinandersetzung wird nun in den Ausschüssen weitergeführt. Die Betroffenen müssen sich jetzt einschalten und in Briefen, E-Mails oder in persönlichen Gesprächen mit den Ausschussmitgliedern ihre Forderungen deutlich machen.

(Die Autoren sind im Sozialen Arbeitskreis Treptow-Köpenick aktiv)

Aus der Arbeit des Vorstandes:

Dr. Rainer Rothe informierte, dass die schriftlich ausgefertigten Entscheidungsgründe des BSG-Urteils vom 14.12.2011 noch nicht vorliegen. Sie werden Ende Januar bzw. Anfang Februar 2012 erwartet.

RA Bleiberg und RA Dr. Helmers werden je eine Verfassungsbeschwerde zu ihren in der Revision vom BSG als unzulässig bzw. unbegründet abgewiesenen Verfahren einreichen. Dabei erfolgten im Interesse der gemeinsamen Sache Abstimmungen beider Rechtsanwälte. Gleichfalls erfolgen auch Abstimmungen zwischen dem Vorstand der ISOR und dem Sprecherrat der IGA.



Am 22. November führten wir anlässlich 20 Jahre ISOR unsere Mitgliederversammlung der TIG Plauen/Oelsnitz durch. Der Einladung waren 58 ISOR-Freundinnen und Freunde sowie Gäste der Partei DIE LINKE, der GBM, der GRH und des Bundesgrenzschutzverbandes gefolgt. Nach der Begrüßung unter dem Motto, dass weniger Grund zum Feiern, stattdessen aber Anlass zum verstärkten Protest besteht und dem Gedenken an die Verstorbenen, wurde unsere Veranstaltung durch das Musikstück »Wann wir schreien Seit an Seit« und durch die Verlesung einer Beschwerde an den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages eingeleitet. Ausgehend von den abschließenden Bemerkungen der 46. Tagung des Ausschusses für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte des Wirtschafts- und Sozialrates der Vereinten Nationen vom 20. Mai 2011 wurde in der Petition auf eine entstandene neue Rechtslage verwiesen und vom Petitionsausschuss gefordert, sich an das übergeordnete Recht des Sozialpaktes vom 19. Dezember 1966 und das Grundgesetz sowie den Einigungsvertrag zu halten und umgehend nicht nur unsere Petition zu behandeln, sondern dem Bundestag in einer Beschlussempfehlung nahe zu legen, erstens unsere Ostrenten den Westrenten aus Steuermitteln zumindest in überschaubaren Schritten anzugleichen und zweitens die noch bestehenden Kürzungsbestimmungen der §§ 6(2) und 7 AAÜG umgehend aufzuheben und den Betroffenen die ihnen zustehenden Rentenansprüche bis zur Beitragsbemessungsgrenze zu gewähren und damit den jahrelangen Rechtsstreit vor den deutschen Sozialgerichten und dem Europäischen Gerichtshof zu beenden. Die Beschwerde wurde von allen Teilnehmern unterzeichnet.

Danach gab der Vorsitzende den Bericht über die Tätigkeit des Vorstandes in den zurückliegenden 20 Jahren, schätzte die erreichten Ergebnisse ein und was uns noch nicht gelungen ist und was wir demzufolge noch tun müssen, um Rentengerechtigkeit für alle DDR-Bürger zu erreichen. Er stellte fest, dass es für den deutschen Rechtsstaat eine große Schande ist, dass nach über 20 Jahren deutscher Einheit immer noch kein Rechtsfrieden besteht und wir DDR-Bürger nach wie vor Bundesbürger 2. Klasse sind und dass wir uns diesen Zustand nicht länger gefallen lassen dürfen, also verstärkter Protest angesagt ist. Dazu gehören natürlich Mut und Widerstandswille. Hier erinnerte er an die tapferen Frauen und Männer, die vor 20 Jahren ISOR und die TIG Plauen/Oelsnitz gründeten und zeichnete 9 Freundinnen und Freunde als Aktivisten der ersten Stunde mit Bücherschecks

und dem Einlegerdankeschön des Vorsitzenden Horst Parton sowie einer symbolischen Rose aus. Einen Blumenstrauß stellvertretend für alle wurde vom Vorsitzenden an Anneliese Reißbausch überreicht, die seit 20 Jahren gewissenhaft und termingerecht unsere Finanzen verwaltet und ihre Mitgliedergruppe betreut. Weiterhin wurde unseren Betreuern, die nicht nur die Beiträge einsammeln, sondern auch einmal ein persönliches Gespräch führen oder einen Krankenbesuch durchführen und das seit vielen Jahren, mit einem Weinpräsident und einer Rose gedankt.

Unser gemeinsamer Kampf gegen das Rentenrecht hat allen ISOR-Mitgliedern positive Ergebnisse gebracht, vielen seit 1997 Renten bis zur Beitragsbemessungsgrenze und einem Teil seit 1999 Renten bis zum Durchschnitt von 1,0 Entgeltpunkten. Erfolge wurden auch im Dienstbeschädigtenrecht und bei der Anerkennung von Zuschlägen usw., zumindest im Land Brandenburg, erreicht. Aber wir haben den Rechtsstreit gegen das Renten- und Versorgungsrecht trotz Unterstützung durch die PDS/DIE LINKE noch nicht gewinnen können, weil die Politik aus Rachsicht auf die DDR nicht willens ist, Rechtsfrieden in Deutschland herzustellen und weil die Gerichte durch systematische Verzögerung juristischer Verfahren und Fehlentscheidungen sich zum Vollstrecker des Willens der Herrschenden machen. Wir geben aber nicht auf und halten an der rechtsstaatlichen Auseinandersetzung vor Gericht als Schlüssel zum möglichen Erfolg fest. Musterbeispiele für das Vorgehen der Bundesverfassungs- und Bundessozialrichter sind das Negativurteil des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) zum § 6(2) AAÜG gegen den DDR-Minister Dr. Hans Reichelt aus dem Vorjahr und die Verzögerung der Entscheidungen zu den anliegenden Revisionsverfahren gemäß § 7 AAÜG durch das Bundessozialgericht (BSG). Zur Versammlung gab der Vorsitzende bekannt, dass die überfälligen Entscheidungen des BSG am 14. Dezember fallen. Erwartungsgemäß waren die Bundessozialrichter nicht von unserem Vorbringen überzeugt und bereit, die Verfahren den Bundesverfassungsrichtern zur Entscheidung vorzulegen und verwarfen die vorgebrachten Revisionen. Mit diesen Entscheidungen des BSG ist aber der Weg zum BVerfG frei und das Ziel, unser Anliegen zur letztendlichen Entscheidung vor das Verfassungsgericht zu bringen, erreicht.

Zur Beratung mit den TIG-Vorsitzenden am 9. November in Berlin sagte der Vorsitzende Horst Parton: Wenn es nach Recht und Gesetz geht, haben wir gute Erfolgsaussichten! Sollte unsere Verfassungsbeschwerde nicht angenommen oder abgewiesen werden, bleibt uns der

Weg zum Europäischen Gerichtshof (EUGH) offen. Entscheidungen zum § 6,2 AAÜG stehen auch noch aus durch deutsche Sozialgerichte und den EUGH (3 Verfahren, u. a. von Dr. Hans Reichelt). Da die Verfahren vor dem EUGH Geld kosten und die Finanzen der Kläger überfordern, folgte der Vorstand einem Spendenaufruf von Dr. Hans Modrow und dem GRH-Vorsitzenden Hans Bauer zur solidarischen Unterstützung der auch in unserem Interesse liegenden Verfahren und sammelte insgesamt 120.- EURO ein, davon 20.- EURO durch die Plauer GRH-Freunde. Die UNO-Kritik an der Entscheidung des BVerfG zum § 6,2(4) AAÜG vom 6. Juli 2010 und die Forderung nach umgehender Korrektur sowie der Herstellung gleicher Lebensverhältnisse in Ost und West könnte dabei hilfreich sein und sollte uns ermuntern, immer wieder Gerechtigkeit einzufordern und die Hoffnung auf Erfolg nicht aufzugeben unter dem Brecht-Motto: Wo Recht zum Unrecht wird, ist Widerstand Pflicht! Der Vortrag des Brecht-Gedichtes »Lob der Dialektik« spiegelte gut die heutige Lage wider und dass alle ISOR-Mitglieder gefragt sind, um unser Recht erfolgreich zu erstreiten. Die anwesenden Vertreter der Partei DIE LINKE und der befreundeten Sozialverbände versicherten uns ihrer aktiven Solidarität.

Karl-Heinz Jaensch



Am 14.12.2011 traf sich der Vorstand der TIG Erfurt mit den Gruppenbetreuern / Kassierern zur Jahresabschlussberatung. Der Vorsitzende wertete die Tagung des ISOR-Vorstandes mit den TIG-Vorständen am 09. 11. 2011 in Berlin aus und informierte über die politischen und juristischen Aspekte des weiteren Kampfes gegen Sozialabbau und für die Beseitigung des Rentenstrafrechtes. Er verwies auf die vor dem Bundessozialgericht in Kassel anhängigen vier Klageverfahren zu § 7 AAÜG.

Mit der Übergabe der **ISOR-aktuell** Dezember 2011 unterrichteten wir die Gruppenbetreuer/Kassierer auf der Grundlage der Information unseres Vorsitzenden, Horst Parton, die er zum Ausgang der mündlichen Verhandlung des 5. Senats des Bundessozialgerichtes in Kassel, an alle TIG-Vorsitzenden gerichtet hatte.

Nach dem anschließenden Kassenbericht und dem Bericht über die Mitgliederentwicklung diskutierten die Beratungsteilnehmer über die weitere Entwicklung der Zusammenarbeit mit anderen Sozialverbänden und Kommunalpolitikern. Es wurde beschlossen, die Öffentlichkeitsarbeit zu verstärken und durch die Gruppenbetreuer die Mitglieder unserer TIG darauf vorzubereiten, dass im Zusammenhang mit der Eröffnung der »Gedenkstätte Andreasstraße« (ehemalige UHA Erfurt) am 17. Juni 2012 (!) eine neue Welle der Verunglimpfung der DDR und ihrer Schutz- und Sicherheitsorgane zu erwarten ist.

Dietrich Reichardt

Mitte Dezember 2011 im gastgebenden Prenzlauer Bürgerhaus einladend gedeckte Tische, Kuchen, Kaffeeduft und auch ein Gläschen Sekt – eine freundliche Atmosphäre für die feierliche Versammlung zum Jahresausklang. Dazu waren die Vereinsfreunde der TIG und deren Ehepartner eingeladen.

Zwanzig Jahre Sozialverein ISOR e.V. und 18 Jahre TIG Prenzlau waren die bestimmenden Themen während der Zusammenkunft. Werner Liefke, Beiratsmitglied, und der langjährige TIG-Vorsitzende Hans-Joachim Möllenberg bilanzierten Erreichtes und markierten zugleich die weitere Wegstrecke, zu deren Zielen die endgültige Beseitigung des Rentenstrafrechts und die Angleichung der Rentenwerte Ost und West gehören. Angesichts der noch zu überwindenden Hürden, wozu wahrscheinlich ein erneuter Gang zum Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe gehört, wäre es unverzeihlich, nach 20-jährigem Kampf kurz vor Erreichung des Zieles die politische und juristische Auseinandersetzung einzustellen, meinte Werner Liefke, und er bekräftigte, dass es für unseren Sozialverein nur eine Schlussfolgerung, geben könne: Wir machen weiter! Dafür gab es die Zustimmung der Prenzlauer Vereinsfreunde.

TIG-Vorsitzender Hans-Jürgen Möllenberg, vor 18 Jahren selbst eines der sechs Gründungsmitglieder der Prenzlauer Gruppe, verwies darauf, dass die kleine, z.Z. 42 Mitglieder zählende TIG kräftig mitmischte in der Bewegung für gerechte Renten und gegen Sozialmissbrauch. Einen Höhepunkt erlebte die Versammlung, als der TIG-Vorsitzende die aktive Tätigkeit von Vereinsfreunden, ihren stetigen Einsatz für ISOR, mit der Überreichung von kleinen Präsenten würdigte – ein Dankeschön besonderer Güte.

Einer Einladung des TIG-Vorstandes folgend, nahm auch der Bürgermeister der Kreisstadt als Gast an dieser Zusammenkunft im Bürgerhaus teil. Dieser informierte über zwei wichtige Vorhaben in der Stadt Prenzlau 2013 als Gastgeber der Landesgartenschau Brandenburg und die begonnene Neugestaltung des Stadtzentrums.

Benno Butschalowski

Aus der Postmappe:

Jetzt erst recht »weitermachen«!

Meine persönlichen Gedanken zur Konferenz in Berlin. Es war ein nicht zu beschreibendes Glücksgefühl, als ich den Tagungsraum betrat.

Ich war von der Beteiligung, der starken Resonanz und von der gewaltigen Stimmung und Atmosphäre sowie der guten Laune der Teilnehmer sehr überrascht worden. Damit hatte ich nicht gerechnet. Alle Plätze waren belegt.

Schon vor Beginn der Konferenz konnte ich eine gewisse innere Anspannung verspüren. Es

war ein gutes und erhabenes Gefühl, wieder unter Gleichgesinnten zu weilen.

Ein Blick in die Runde ergab, dass sich viele Teilnehmer aus dem gemeinsamen Kampf bereits kannten. So wunderte nicht, dass intensive und schöpferische Gespräche untereinander geführt wurden. Ich selbst hatte auch interessante Gesprächspartner aus Berlin-Lichtenberg und aus Pirna.

Die Begrüßung und Vorstellung unserer Ehrengäste hinterließ persönlich großen Respekt und Achtung. Mit sehr viel Beifall wurden Admiral Hoffmann, Generaloberst Heinz Keßler, die Generale Großmann und Schwanitz vom MfS, die Generale Schmalfuß und Müller des Mdl und der Chefinspekteur Stauch, oberster Dienstherr der Zollverwaltung der DDR empfangen.

Horst Parton zog in seinen Ausführungen eine positive und inhaltlich sehr ausgewogene Bilanz unseres Kampfes gegen das Rentenstrafrecht.

Es wurde auf das 20-jährige Jubiläum der ISOR verwiesen. Auf die neu entstandene Sachlage, die sich aus den erstellten Gutachten ergaben, wurde eingegangen. Danach wird die juristische Arbeit in der kommenden Zeit den absoluten Schwerpunkt bilden. Dabei ist Geduld gefragt – eine andere Wahl haben wir nicht. In diesem Kampf müssen wir noch stärker und entschlossener zusammenstehen. Wir müssen uns auf unsere Kampfkraft besinnen. Das ist auch unser Vermächtnis gegenüber unseren Toten.

Ein leuchtendes Beispiel vermittelt uns unser Genosse Hans Reichelt, der einen entschlossenen, hartnäckigen und gerechten Kampf in unser aller Interesse durchsteht. Das verdient unseren Respekt, Hochachtung und unsere Solidarität.

Es versteht sich von selbst, dass ich die Konferenz im Vorstand unserer TIG ausgewertet habe. Im Mittelpunkt stand die Rede Horst Partons. In der Beratung kam klar und unmissverständlich zum Ausdruck: »Wir machen weiter«. Ein Aufhören kommt für uns nicht in Frage. Diesen Gefallen tun wir unserer »Obrigkeit« nicht.

Walter Pösz, TIG Forst/Lausitz

★

Über dienstliche und private, sehr persönliche Kontakte zu ehemaligen Mitarbeitern des MfS weiß ich die damalige Arbeit dieser Personen zu schätzen. Mir drängt sich immer wieder die Frage auf, was ist daran »verbrecherisch«, beispielsweise Truppentransporte vor Benzin- oder Munitionsdiebstahl zu schützen, Hakenkreuzschmierer aufzuspüren und den Verrat von militärischen Geheimnissen zu verhindern. Sicher kennen Sie bestens wie ich die tägliche Diffamierung des MfS mit Lügen und Halbwahrheiten, die obskure Darstellung der DDR

als eine große Stasi-Einrichtung in den staatlichen und zunehmend in den privaten Medien mit den Spitzenreitern der »Aufarbeitung«, die Herren Knabe und Gauck. Mir wird übel bei so viel Unflat.

Worum es geht, wird sofort klar, Knabe in Rheinischer Merkur 12.04.2007 zur DDR: »Die Aufklärung über die kommunistische Diktatur braucht einen deutlich höheren Stellenwert – auch in finanzieller Hinsicht.«!!!

Es hat mittlerweile Methode, mit der Verunglimpfung der Menschen im Osten (bis China), gut bezahlte öffentliche Posten oder künstlerische Anerkennung bzw. Aufträge zu erschleichen. Ich kann für mich nur dazu sagen, diese Personen stellen sich nahtlos in eine Front mit dem großen Plagiator und den CDU-Politikern, die Geschäfte mit der neonazistischen NPD machen oder großzügige »Spenden« annehmen.

Die Frage – Wem nützt es? Dem Volk? – muss jeder für sich selbst beantworten.

Das schließt sachliche Kritik an der einstigen Politik der SED nicht aus. Für diese Politik gibt es geschichtliche Ursachen, die keiner mehr sehen will, die ich selbst erlebt, gesehen habe – die durch Nazis zerstörte Gesundheit meines Onkels, die Leiden meines viel zu früh verstorbenen Vaters im faschistischen 2. Weltkrieg und in langer Gefangenschaft. Beide hatten nur das zutiefst menschliche Interesse, nie wieder einen Eroberungskrieg durch deutsche kapitalistische Faschisten zuzulassen. War das eine Diktatur, ein Verbrechen? Wer will wieder Krieg und warum? **Michael Wloka, Eggesin**

Bei anderen gelesen:

Ängste vor dem Altern

Ängste vorm Altern treten in allen Altersgruppen – zunehmend auch bei Jüngeren – auf. Nach wie vor stehen im Mittelpunkt öffentlich geführter Diskussionen jedoch weniger der humanitäre Fortschritt steigender Lebenserwartung und eines aktiven Alterns, sondern die finanziellen Belastungen und Bedrohungen. Sie führen »vor allem bei Jüngeren« zu sozialen Verunsicherungen und erzeugen Ängste vor dem Altwerden.

Es ist offensichtlich, dass Älterwerden mehrheitlich mit »Pflege« verbunden und als Hauptproblem des Alterns angesehen wird.

Bei den heute 50- bis 65-Jährigen steht die Angst, einmal Pflegefall zu werden, mit deutlichem Abstand an vorderster Stelle – das sehen für sich »vor allem« 63 Prozent der Bürger in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost ebenso wie gleichaltrige in Nordrhein-Westfalen. Ohne damit verbundene Probleme zu übersehen ist hervorzuheben, dass am meisten junge Menschen Angst vor Pflege haben, nämlich 71 Prozent der unter 25-Jährigen im Osten und 85 Prozent im Westen. Dies ist offensicht-

lich auch ein Ergebnis des nach wie vor in der Öffentlichkeit existierenden Gleichklangs Alter = Pflegebedürftigkeit.

An zweiter Stelle rangieren in den neuen Ländern Ängste und Sorgen vor dem Alters-einkommen (52 Prozent) sowie vor steigenden Kosten im Gesundheitswesen (51 Prozent). Ersteres ohne Zweifel Reflexion der Diskussion um Altersarmut und den bereits erkennbaren deutlichen Rückgang der Renten bei sogenannten Neurentnern. Naturgemäß bestehen vor allem bei den unteren Einkommensbezieher (individuelles und familiäres Nettoeinkommen) reale Sorgen. In der Vergleichsregion NRW sind Befürchtungen um die Alterssicherung mit 41 Prozent geringer ausgeprägt, was auch die höheren erwarteten Alterseinkommen in den alten Bundesländern insgesamt widerspiegelt. Dasselbe gilt auch für den Stellenwert von Verunsicherungen hinsichtlich der Gesundheitskosten (41 Prozent).

Im Vergleich zu den bereits genannten Bereichen sind abnehmende körperliche Fähigkeiten, Abhängigkeit vom Sozialamt, nicht mehr in der eigenen Wohnung bleiben zu können, im Alter ausgegrenzt zu werden bzw. allein sein zu müssen, erkennbar nachgeordnet.

Trotzdem sollte es als ernst zu nehmender Indikator angesehen werden, wenn jeder vierte bis fünfte Bürger zwischen 50 und 65 Jahren Ängste vor dem Alleinsein und möglicher Ausgrenzung hat.

Nicht zu übersehen ist auch, dass unter 50-Jährige insgesamt mehr Angst vor dem Alter haben als 50- bis 65-Jährige. Dies ist sicher mit der allgemeinen Verunsicherung über die weiteren Entwicklungen der sozialen Leistungssysteme verbunden.

(aus Sozialreport 50+ 2011 - Positionen und Fakten zur sozialen Lage von 50- bis 65-Jährigen. Studie im Auftrag der Volkssolidarität e.V., erarbeitet vom Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V., Berlin 2011, S. 30/31)

Auf dem Büchermarkt:

»MfS von A – Z«

Dieses Buch, aufgebaut als Lexikon, unterscheidet sich nicht nur im Preis (9,99 €) von vergleichbaren Nachschlagewerken, sondern vor allem im Inhalt. Es fußt ausschließlich auf Sachbüchern der »edition ost«, insbesondere auf »Fragen an das MfS« (2010) und »Die Sicherheit. Zur Abwehrarbeit des MfS« (2002).

»MfS von A – Z« ist übrigens nicht im Buchhandel, sondern nur im Direktbezug über »Unsere Buchempfehlungen für Sie«, 13662 Berlin, zu beziehen.



Dietrich Lemke

Handel & Wandel

Lebenserinnerungen eines DDR – Außenhändlers 1952 – 1995

(Selbstverlag des Verfassers, Zeuthen 2010)

ISBN 3-00-011316-9

Preis: 34,- € (zzgl. Versandkosten)

Bezug über den Autor:

Tel.: 033762 / 92458

mail: lemkezeuthen@arcor.de

Der Autor, Handelsrat a.D. und von 1981 bis 1990 Stellv. des Ministers für Außenhandel der DDR, 1991 – 1995 Berater im Bundesministerium für Wirtschaft, legt unter einem ziemlich harmlosen Titel ein Schwergewicht in der Erinnerungsliteratur vor. Es sind Ansichten und Einsichten, die Fettnäpfchen nicht auslassen und auch wegen ihren spürbar ehrlichen Aussagen überzeugend und lesenswert sind. Was da – oft mit leichter Hand formuliert und immer in guter Sprache gefasst - als persönliche Erinnerung daherkommt, ist eine sehr sorgfältige, durchdachte Analyse der DDR aus eigener Erfahrung und kritischer, sozialistischer Sicht.

Von Mitglied zu Mitglied:

Komfort-FEWO ★★★★★

Schleusingen/Thür./Nähe Rennsteig

Tel.: 036841 47598

Internet: www.ratschererhoehe.de

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Klaus Kudoll, Telefon: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Dr. Peter Fricker, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

Redaktionsschluss: 25.01.2012

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 29.02.2012

Einstellung im Internet: 09.03.2012

Auslieferung: 15.03.2012

Herstellung: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Karl-Heinz Hypko

Franz-Mehring-Platz 1 – 10243 Berlin

Telefon: (030) 29 78 43 15 - Sekretariat

29 78 43 16 - Geschäftsführer

29 78 43 17 - AG Finanzen

Fax: (030) 29 78 43 20

Postanschrift: ISOR e.V. – Postfach 700423 – 10324 Berlin

E-Mail: ISOR-Berlin@t-online.de

Redaktion: Isor-Redaktion@t-online.de

Internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse

Konto-Nr. 171 302 0056, BLZ 100 500 00

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:

Dienstag bis Donnerstag 9 bis 16 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:

Neu: Jeden 1. Donnerstag von 15 bis 17 Uhr

sowie nach tel. Vereinbarung (030 29 78 43 15)

auch am 3. Donnerstag von 15 bis 17 Uhr